

22.03.2007

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration**

zu dem Antrag  
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1548

#### **Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006**

**Berichterstatlerin**                      Abgeordnete Andrea Milz      CDU

#### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 14/1548, wird für erledigt erklärt.

Datum des Originals: 22.03.2007/Ausgegeben: 23.03.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 14/1548, wurde vom Plenum nach Beratung am 6. April 2006 einstimmig an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration - federführend - sowie an den Hauptausschuss überwiesen.

Mit dem Antrag beabsichtigen die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP, die Risiken für Kinder und Jugendliche in der sich rasant entwickelnden medialen Vielfalt im Wege einer Initiative Jugendschutz einzugrenzen. Als Eckpunkte für erste Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen werden gefordert:

- Förderung von Jugendschutzprogrammen
- Entwicklung von Kriterien für sichere Kinderseiten
- Alterskennzeichnung für Online-Medien
- Kinder- und Jugendschutz bei Webseiten
- Neuausrichtung der Initiativen zur Medienkompetenz

### B Beratung

Der federführende Ausschuss für Generationen, Familie und Integration hat sich in seinen Sitzungen am 21. September 2006, 2. November 2006, 30. November 2006, 11. Januar 2007, 1. Februar 2007 und 22. März 2007 mit dem Antrag befasst.

In der Sitzung am 21. September 2006 hat der Ausschuss bei nachrichtlicher Beteiligung des Hauptausschusses eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen gemäß § 56 GeschO durchgeführt. Nachfolgend genannte Sachverständige und Institutionen nahmen an der Anhörung teil und legten Stellungnahmen vor:

Sachverständige / Institutionen	Stellungnahme
Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen Dr. Jürgen Brautmeier, Mechthild Appelhoff, Holger Girbig	14/559
Westdeutscher Rundfunk Köln Rainer Assion	14/553 14/554
ecmc - Europäisches Zentrum für Medienkompetenz GmbH Dr. Gernot Gehrke	./.
Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Jan Lieven	14/566
jugendschutz.net Friedemann Schindler	14/561
Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung e.V. Dieter Glaap	14/564

Sachverständige / Institutionen	Stellungnahme
Förderverein für Jugend- und Sozialarbeit e.V. Dr. Klaus Spieler	14/565
Jugendamt der Stadt Essen Andreas Ruff	14/555
Martin Pinkerneil	./.

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in Ausschussprotokoll 14/260 dokumentiert.

In der Sitzung am 2. November 2006, Ausschussprotokoll 14/284, führte der Ausschuss eine kurze Aussprache über die Ergebnisse der Anhörung vom 21. September 2006. Von Seiten der Fraktion der CDU wurde den Oppositionsfraktionen unter Hinweis auf ein Fehlen inhaltlicher Differenzen der Vorschlag unterbreitet, dem gemeinsamen Antrag der Regierungsfaktionen beizutreten. Nachdem die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Sitzung am 30. November 2006, Ausschussprotokoll 14/317, ihr Interesse an einer interfraktionellen Initiative bekundeten, fasste der Ausschuss den Beschluss, nach Möglichkeit bis zum Ende des Jahres 2006 eine gemeinsame Antragsformulierung zu finden. Das Vorhaben wurde in den Sitzungen am 11. Januar 2007, Ausschussprotokoll 14/333, und 1. Februar 2007, Ausschussprotokoll 14/351, bekräftigt.

Der angestrebte gemeinsame Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP, Drucksache 14/3987, "Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2007", wurde von den Fraktionen am 19. März 2007 vorgelegt.

Der zur Mitberatung aufgerufene Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 1. März 2007 seine Beratungen mit dem ausdrücklichen Wunsch, dass eine Konsensfindung möglich sei, beendet.

### **C Abstimmung**

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration hat den Antrag, Drucksache 14/1548, in seiner Sitzung am 22. März 2007 zur abschließenden Beratung und Abgabe einer Beschlussempfehlung an das Plenum aufgerufen. Auf Vorschlag der Antrag stellenden Fraktionen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, den Antrag Drucksache 14/1548 für erledigt zu erklären.

Andrea Milz  
Vorsitzende